

Piraten setzen sich ein:

- + für Privatsphäre im digitalen und im echten Leben
- + Mehr Bürgerbeteiligung - Weniger Hürden bei Volksbegehren
- + Volksentscheid zur Gemeindegebietsreform
- + für den Erhalt der Privatkopie und ein gerechteres Urheberrecht
- + Abschaffung des Religionsunterrichts und Ethikunterricht als Pflicht
- + für mehr Basisdemokratie und gegen Lobbyismus
- + für die Beibehaltung der Unschuldsvermutung im Strafrecht
- Gegen Zensur und Indizierung
- gegen Vorratsdatenspeicherung, Onlinedurchsuchung und zunehmende Überwachung
- gegen die Missachtung des Grundgesetzes und der Menschenrechte

Wieso „Piraten“?

Als Piratenpartei bezeichnen sich in verschiedenen Ländern gegründete politische Parteien, die einen freien Wissensaustausch anstreben, eine Reformierung des Urheber- und Patentrechts fordern, besseren Datenschutz, mehr Informationsfreiheit und verwandte Themen verfolgen. Gegründet wurden die Piraten in Deutschland im September 2006, in Sachsen-Anhalt gibt es uns seit dem 27.06.09.

Der Name „Piratenpartei“ wurde gewählt, um dagegen zu protestieren, dass harmlose Bürger, die lediglich privat Musik oder Filme tauschen wollen, als „Raubkopierer“ bezeichnet werden.

Unser Ziel ist es, neben den im Parteiprogramm stehenden Punkten, speziell Themen für und von Sachsen-Anhalt, politisch einzubringen. Denn wir gestalten jetzt die Zukunft unserer Kinder.

Piraten treffen / Kontaktieren

Die PIRATEN Sachsen-Anhalt treffen sich regelmäßig zu Stammtischen und Informationsveranstaltungen.

Orte, Termine und Zeiten und viele weitere Informationen gibt es auf unserer Website.

<http://www.piraten-lsa.de>
E-Mail-Kontakt: vorstand@piraten-lsa.de

Unsere Postanschrift / ViSdP:

Landesverband Sachsen-Anhalt
z. Hd. Henning Lübbers
Stadtforststraße 70 - 06120 Halle



Ziele und Visionen für Sachsen-Anhalt

**KLARMACHEN
ZUM ÄNDERN!**



Unsere Ziele und Visionen für Sachsen-Anhalt

Demokratie & Teilhabe

Jeder Bürger hat ein Recht, sich in die Politik einzubringen. Es ist das Ziel der Piratenpartei, die direkten und indirekten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen zu stärken. Die Piraten streben eine Vereinfachung von direktdemokratischen Elementen wie z.B. Bürger- und Volksentscheide an. So soll jeder Bürger die Möglichkeit erhalten, über den Legislaturperiodenrhythmus hinaus jederzeit über politische Fragen abstimmen zu können. Wir stehen dafür ein, dass der Artikel 20 des Grundgesetzes konsequent umgesetzt wird, welcher besagt, dass die Staatsgewalt "vom Volke in Wahlen und Abstimmungen" ausgeht.

Es ist in der Gesellschaft des digitalen Zeitalters ein Leichtes, große Mengen an Informationen zu durchsuchen und jedem zugänglich zu machen. Der Austausch von Informationen wird zunehmend einfacher und schneller. Dies ermöglicht ganz neue und vorher undenkbare Lösungsansätze für die Verteilung von Macht im Land. Vor allem dezentrale Verwaltungen und die unmittelbare Bürgerbeteiligung an der Politik werden auf diese Weise realisierbar.

Versammlungsrecht

Wir wollen ein freiheitliches Versammlungsgesetz. Der Staat hat die Aufgabe dafür zu sorgen, dass den Bürgern geeignete Mittel und Wege offen stehen, um ihren Anliegen öffentlich Ausdruck zu verleihen. Die Bestrebungen, ein Versammlungs-Verhinderungs-Gesetz in Sachsen-Anhalt zu etablieren, lehnen wir ab - auch wenn dies durch die Föderalismusreform 2006 möglich geworden ist. Wir wollen keinen überbordenden Bürokratismus oder versteckte Polizeieinsätze bei Demonstrationen. Wir wollen das Demonstrationsrecht für alle Bürger gemäß dem Grundgesetz gestalten.

Bildungspolitik

Wir setzen uns für eine freie und umfassende Bildung ein. Dabei ist uns der Abbau von Bildungshürden besonders wichtig: Bildung sollte allen Menschen zugänglich sein, unabhängig von ihrem sozialen Status. Ein kosten freier Zugang zu Bildung ist dafür genau so wichtig wie Lernmittelfreiheit und der Ausbau von Krippen- und Kindergartenplätzen. Damit es in den Schulen guten Unterricht und auch ein akzeptables Betreuungsverhältnis geben kann, müssen mehr Lehrkräfte eingestellt, angemessen bezahlt und ausreichend ausgebildet werden.

Solidarität

Die Piratenpartei steht für eine wahrhaft soziale Marktwirtschaft. Wir möchten den Konkurrenzdruck durch mehr Solidarität entschärfen. Soziale Fehlentwicklungen sollen gestoppt werden, an entsprechenden Gesetzentwürfen wird gearbeitet. Die Erfahrungen aus der Geschichte werden nun ausgewertet, um künftigen Fehlentwicklungen wie Not und Krieg entgegen zu wirken. Es wird in der Piratenpartei keine Ungleichbehandlung wegen der Herkunft, Hautfarbe oder Sexualität geduldet. Wirtschaftliches Handeln soll sich auch in Zukunft lohnen, ohne jedoch die Erfolge auf dem Leid anderer zu begründen.

Überwachung

Unter dem Vorwand der Kostenersparnis werden nach und nach Maßnahmen eingeführt, die weder eine reale noch eine gefühlte Sicherheit bringen. Kriminalität wird an andere Orte verlagert, aber nicht verhindert oder gar bekämpft. Wir fordern: weniger Technik im Kampf gegen das Verbrechen, sondern mehr kompetentes Personal für Polizei und Justiz.

Vorratsdatenspeicherungen

Zunehmend werden immer mehr Daten über unser alltägliches Verhalten auf Vorrat, also ohne konkreten Grund oder Verdacht, sowohl vom Staat wie auch von der Privatwirtschaft gespeichert.

Bereits jetzt wird für sechs Monate gespeichert, wer wann mit wem von welchem Ort wie kommuniziert. Das gilt für Festnetz, Mobilfunk, E-Mail wie auch für den Internetzugang. Aber auch die Daten von Reisenden im Flug- und Schiffsverkehr werden bis zu 14 Jahre lang gespeichert, abgeglichen und verarbeitet. Durch den elektronischen Entgeltnachweis (ELENA) und die Identifikationsnummer (ehemals Steuer-ID) verdichten sich diese Informationssammlungen noch weiter; von Geburt an bis weit über den Tod hinaus.

Im Zusammenhang mit der Ermächtigung zur Rasterfahndung und anderen staatlichen Gesetzen, aber auch im Zuge der Datenskandale, sind solche Vorratssammlungen extrem bedenklich, wenn nicht sogar gefährlich. Ein Schutz der Privatsphäre für den Bürger wird immer schwerer. Das wollen wir ändern.

Verwaltungsrecht

Im Verwaltungsrecht wurde im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung das Widerspruchsverfahren abgeschafft. Das bedeutet, dass in der Regel kein Widerspruch gegen Verwaltungshandeln mehr eingelegt werden kann, sondern auch bei „klein(st)en Angelegenheiten“ der kostenpflichtige Klageweg vor den Gerichten beschritten werden muss. Damit wird das effektive Recht des Bürgers, sich gegen möglicherweise willkürliche oder gar falsche Entscheidungen der Verwaltung zu wehren, stark eingeschränkt. Wir wollen diese Benachteiligung des Bürgers gegen den behördlichen Apparat aufheben.

Freiheit • Datenschutz
Bürgerrechte • Bildung

www.piraten-lsa.de

